

Berlin
14. Oktober 2008

Tagungsbericht

Sicherheit der Energieversorgung – Auf Wettbewerb oder den Staat setzen?

1 Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

3 Prof. Dr. Utz Claassen
ehem. Vorstandsvorsitzender EnBW

5 Dr. Lutz Peters
Autor des Buches „Klima 2055“

8 Prof. Dr. Carl Christian v. Weizsäcker
Direktor em. des Energiewirtschaftlichen
Instituts an der Universität Köln und
Gastprofessor am Max-Planck-Institut
zur Erforschung von Gemeinschafts-
gütern

9 Hans-Josef Fell MdB
(Bündnis 90/Die Grünen)
Sprecher für Energie und Technologie
der Bundestagsfraktion

10 Dr. Joachim Pfeiffer MdB (CDU)
Koordinator in Energiefragen der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

10 Gudrun Kopp MdB (FDP)
Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion
für Energiepolitik und Welthandelsfragen

11 Dr. Axel Berg MdB (SPD)
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und
Technologie, Beirat der Deutschen Ener-
gieagentur

12 Diskussion



Foto: ©Heidi Baldrian – Fotolia.com

Zum Auftakt der Veranstaltung stellte Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, fest, dass es durchaus Parallelen bei Finanz- und Energiekrise gebe. Fehlentwicklungen würden in Medien, Politik und Öffentlichkeit häufig nach dem Muster „Böser Markt, böse Unternehmen, bedauerliche Bürger und guter Staat“ erklärt. Zielführender sei es, den Mangel an einem richtig eingerahmten Markt zu erkennen: In beiden Fällen fehle eine klare Ordnungspolitik sowie das von Wilhelm Röpke betonte Verständnis der sozialen Marktwirtschaft auch als „sittliches Konzept“.

Zwar erscheine die Lage auf den Energie- und Rohstoffmärkten in der Momentaufnahme wieder etwas entspannter, dies sei jedoch eine trügerische Ruhe vor tatsächlichen Energieengpässen. Es stelle sich die Frage, ob man zur Sicherung der Energieversorgung nun auf Wettbewerb oder den Staat setzen solle. Die Öffentlichkeit neige paradoxerweise dazu, sich ausgerechnet an denjenigen zu wenden, der für die Höhe der Energiepreise maßgeblich Mit-



Prof. Dr. Michael Eilfort

*Vorstand Stiftung
Marktwirtschaft*

verantwortung trage: „Vater Staat“. Zu Lasten von Verbrauchern und Markt lege dieser sprunghaft neue Zielvorgaben fest, wie etwa für noch mehr Fotovoltaik, für erst mehr, dann weniger Biosprit oder für mehr Windkraft. Ein roter Faden sei außer einer Neigung zum Interventionismus nicht zu erkennen.

Wie kann nun der Wettbewerb in einem transparenten Ordnungsrahmen einen materiellen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung leisten? Zu Recht habe die Bundeskanzlerin bemerkt, dass Atomkraftausstieg und Verzicht auf neue Kohlekraftwerke nicht zum Industriestandort Deutschland passten. Eilfort gab seiner Hoffnung Ausdruck, während der Tagung die Vereinbarkeit von ehrgeizigen Klimaschutzzielen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten zu diskutieren, um Alternativen zu Brüsseler Detailregelungen und Staatswirtschaft aufzuzeigen. Antworten seien auch im Bereich eines diskriminierungs- und subventionsfreien Zugangs zum Stromnetz notwendig. Mit dem Verweis auf die zukünftig intensivere Beschäftigung der Stiftung Marktwirtschaft mit dem Thema „Energie“ und den damit verbundenen politischen Herausforderungen eröffnete Eilfort das Podium.



Stehend von links: Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Prof. Dr. Utz Claassen, Prof. Dr. Michael Eilfort; sitzend von links: Dr. Peter Rásonyi, Dr. Lutz Peters, Dr. Joachim Pfeiffer MdB.

Versorgungssicherheit und attraktive Preise, Klimaschutz und Kern- energieausstieg: Sinnvolle Energiepolitik oder Quadratur des Kreises ?

Prof. Dr. Utz Claassen

ehem. Vorstandsvorsitzender EnBW

Utz Claassen nahm die Sicht eines „konstruktiv-kritischen Kunden“ ein, um die Entwicklungen der Energiepolitik in Deutschland und Europa zu analysieren. Sein Ergebnis lautet: Das Viereck aus attraktiven Preisen, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Kernenergieausstieg gerate zur Quadratur des Kreises, sofern alle vier Ziele gleichzeitig angestrebt würden.

Zunächst plädierte Claassen für eine Einbindung der deutschen und europäischen Energiepolitik in internationale Prozesse und Mechanismen. Der Klimaschutz ende nicht an Landesgrenzen. So sei ein „europabegrenzter“ Emissionshandel kontraproduktiv, weil von ihm große Verlagerungsanreize in andere Regionen der Welt ausgingen. Am Beispiel der Stahlwirtschaft sehe man, wie aufgrund der einseitigen Kostenbelastung durch Emissionszertifikate Produktion womöglich verlagert werde und damit ökonomischer Schaden für Deutschland und ökologischer Schaden für die Welt entstehe. Claassen betonte, dass er den Emissionshandel grundsätzlich als ein sinnvolles Instrument zum Klimaschutz betrachte, es fehlten jedoch Mechanismen, wie dieser global zur Anwendung kommen könne. Nicht nachzuvollziehen sei aus Kundensicht zudem die Aufteilung der Einsparlast nach dem sogenannten Barroso-Plan für die dritte Stufe des Emissionshandels in Europa: Deutschland habe demnach 75% zu tragen, während auf die übrigen 26 Länder 25% entfielen.



Mit Blick auf den Themenbereich Kernenergie sagte Claassen zunächst, niemand könne für sich die finale Wahrheit in Anspruch nehmen, ob das „noch so kleine Restrisiko eines nuklearen Unfalls“ höher wiege als das statistisch sicherlich sehr viel höhere Risiko eines fundamentalen Klimawandels. Die Sorgen, die mit der Kernenergie verbunden sind, müssten daher ernst genommen werden. Eindeutig sei allerdings, dass Deutschland nicht gleichzeitig „die Nummer eins“ beim Kernenergieausstieg, beim Kohleausstieg und beim Klimaschutz sein könne.

Im konkreten Energiewirtschaftsszenario passten zudem der Zeitplan des Kernenergieausstiegs und die erhofften Fortschritte der CO₂-Abscheidung in der Kohleverstromung nicht zusammen: Es sei zwar richtig, an der CCS-Technik (Carbon Dioxide Capture) mit Hochdruck zu arbeiten, jedoch sei mit einer Großmaßstabseinführung nicht vor den Jahren 2020 bis 2030 zu rechnen. Das Jahrzehnt des Kernenergieausstiegs beginne jedoch schon 2010. Wer also glaube, Kohleverstromung mit CCS-Technik könne die Leistung der Kernenergie in der Grundlastabdeckung auffangen, müsse für eine Laufzeitverlängerung für Atomstrom von zehn Jahren eintreten.

Claassen mahnte erhebliche Forschungsanstrengungen für die Bereiche Speicherung und Transport von Energie an. Eine globale solare Energiewirtschaft sei nur zu errei-

chen, wenn es gelinge, Energie aus Wüsten und anderen sonnenreichen Gegenden in verbrauchsintensive Regionen wie Tokio, New York oder Frankfurt und Berlin zu transportieren. Nicht grundlastfähige Erneuerbare Energien müssten mittelfristig grundlastfähig gemacht werden. Ein in diese Forschung investierter Euro werde dadurch letztlich wertvoller als einer, der der Förderung beispielsweise von Windrad-Investitionen wohlhabender Bürger diene.

In Bezugnahme auf den Veranstaltungstitel „Auf Wettbewerb oder den Staat setzen?“ sagte Claassen, dass der wesentliche Preistreiber in der Vergangenheit der Staat gewesen sei. Die Strompreise für Privatkunden seien heute niedriger als vor der Liberalisierung des Energiemarktes vor zehn Jahren, wenn man staatlich induzierte Abgaben und Lasten herausrechne. In den letzten Jahren sei bei diesen Lasten (ohne Mehrwertsteuer) ein Anstieg von 2,3 auf etwas mehr als 12,5 Mrd. Euro festzustellen. Dies sei mehr als eine Verhundertfachung. Claassen betonte, dies heiße jedoch nicht, dass die Energiewirtschaft nicht auch Beiträge zur Strompreissenkung leisten könne. Der Staat habe in diesem Zusammenhang mit dem Energiewirtschaftsgesetz wichtige Signale im Bereich der Durchleitungsentgelte und der Netze gegeben.

Ein wesentlicher Preisfaktor sei insbesondere der Energiemix. Wer im heutigen Szenario am Kernenergieausstieg festhalten wolle, der müsse den Menschen auch ehr-

licherweise sagen, dass dies – neben einer deutlichen Erhöhung der energiewirtschaftlichen Abhängigkeiten – die Strompreise drastisch verteuern wird. Hinzu komme der im Koalitionsvertrag begründete Ausbau der Gasverstromung von 11 auf 23%. Der Energieträger Gas werde vor dem Hintergrund des Kernenergieausstiegs sowie der emissionshandelsbedingten Kostenbelastung des Energieträgers Kohle dramatisch an Bedeutung gewinnen. Wenn dann noch die Entkoppelung des Gaspreises vom Preis für Rohöl gelinge, sei mit einer Entwicklung zu rechnen, die den Wirtschaftsstandort Deutschland stark belastet. Die noch bestehende „energiewirtschaftliche Robustheit und Versorgungssicherheit“ für die deutsche Realwirtschaft werde durch eindimensionale Energiepolitik in Frage gestellt.

Abschließend betonte Claassen, dass er den Klimaschutz für die größte nachhaltige Herausforderung halte. Klimaschutz sei eine der wichtigsten Aufgaben, welche die Menschen, über die Jahrzehnte gesehen, haben. Der wirksamste Klimaschutz sei allerdings derjenige, der im Einklang mit ökonomischen Kriterien erfolge. Nur dann sei gewährleistet, dass die Ressourcen so eingesetzt würden, dass sie wirklich dem Klima diene. Claassen machte deutlich, dass er an eine Bewältigung des Klimaproblems glaube. Dazu müssten die Ressourcen aber in der kraftvollsten und damit auch in der ökonomischsten Weise eingesetzt werden.



Deutsche Energiepolitik: Vom Winde verweht



Dr. Lutz Peters

Autor des Buches „Klima 2055“

In seinem Vortrag nahm Lutz Peters die Verhältnismäßigkeiten der deutschen Energiepolitik in den Blick. Diese konzentrierte sich mit dem Schwerpunkt Förderung der „Erneuerbaren Energien“ auf das kleinste Segment des Primärenergieverbrauchs in Deutschland. Das erklärte politische Ziel sei die Verdoppelung des Stromproduktionsanteils der „Erneuerbaren“ von heute etwa 13% auf 25 bis 35% im Jahr 2020. Doch selbst wenn sich diese ehrgeizigen Ziele verwirklichen ließen, bleibe der Anteil am Endenergieverbrauch marginal. In der Projektion zeige sich ein Anstieg der Erneuerbaren Energieträger im Endenergieverbrauch von 3 auf 5% (siehe Grafik S. 6).

Wenn also im Jahr 2020 mindestens 95% des Energiebedarfs in Deutschland durch konventionelle Energieproduktion auf Basis von Kohle, Gas und Öl gedeckt werden soll, „wo bleibt die Politik dafür?“, fragte Peters. Zudem müssten die Ausbauziele der „Erneuerbaren Energieträger“ auf Realitätsnähe hin überprüft werden. Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sehe eine Verdoppelung der Stromproduktion von 87.000 Gigawattstunden auf über 170.000 bis 2020 vor, bei gleichzeitigen Kosten von jährlich nahezu 8 Mrd. Euro. „Wie realistisch sind diese Ausbauziele?“, fragte Peters.

Er wandte sich zunächst der Windkraft zu. Grundsätzlich sei ihr Ausbau möglicherweise richtig, um unabhängiger von ausländischen Importen zu werden, doch seien die Erweiterungsmöglichkeiten für Windräder begrenzt. Die Bundesregierung plane in diesem Kontext die Errichtung von bis zu 30 Gigawatt Offshore-Windkraftanlagen. Diese Zielvorgabe sei „vollkommen unrealistisch“ so Peters: Selbst der Bundesverband WindEnergie e.V. schätze das Ausbaupotential für Offshore-Windkraft auf maximal 20 Gigawatt bei langfristigen Investitionen von etwa 50 Mrd. Euro. Zudem seien zur Verlegung neuer Stromtrassen umfassende Eingriffe in die Naturschutzgebiete des Wattenmeeres notwendig. Die Stromerzeugung durch Windkraft bleibe in jedem Fall marginal.

Die Unverhältnismäßigkeit der Förderung Erneuerbarer Energien zeige sich insbesondere bei der Fotovoltaik: Hohe Kosten stünden einer geringen Stromausbeute gegenüber. Werden jährlich 1,3 Gigawatt Solarkapazität zum Preis von jeweils ca. 5 Mrd. Euro installiert (dies entspräche etwa dem Preis eines Kernkraftwerks), könnten bis zum Jahr 2020 etwa 18 Gigawatt vorhanden sein. Mangels Sonneneinstrahlung würden diese allerdings nur etwa 15.000 Gigawattstunden jährlich an Strom erzeugen – etwa soviel wie zwei große Kernkraftwerke. Neben den enorm teuren Investitionen werden die Stromeinspeisungen zudem von den Versorgungsunternehmen per Gesetz mit jährlich mindestens 6 Mrd. Euro vergütet werden müssen, so Peters. Eine konventionelle Erzeugung würde mit 0,6 Mrd. Euro nur ein Zehntel dieser Summe kosten. Die auf 20 Jahre festgeschriebene Einspeisungsvergütung belaste den Verbraucher im gesamten Zeitraum mit etwa 120 Mrd. Euro.



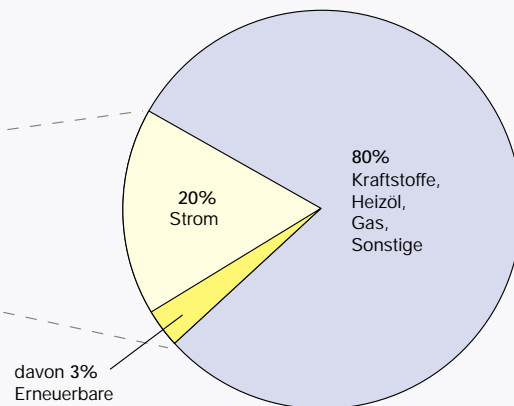
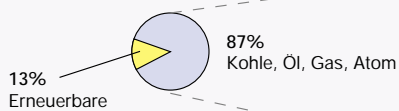
Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft.

Die Bundesregierung plane außerdem den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung, also die Nutzung der Hitzeentwicklung in der Stromerzeugung zu Heizzwecken. So soll der Anteil der Stromerzeugung mit Wärmenutzung bis 2020 auf 25% erhöht werden. Peters nannte drei Gründe gegen die Kraft-Wärme-Koppelung: Die Wärme werde im Sommer nicht gebraucht und reiche im Winter nicht zur Versorgung aus. Zudem seien die Kosten für Fernwärmenetze zu hoch: Der Förderung je Projekt stünden der Ersatz von nur bis zu 20% der anfallenden Kosten bzw. maximal 5 Mio. Euro zur Verfügung. Zuletzt biete eine Gasleitung im Vergleich zum Fernwärmenetz bis zu zehnmal niedrigere Investitionskosten sowie keinen Energieverlust beim Transport. Insgesamt müssten die Ausbauziele daher als illusorisch eingestuft werden.

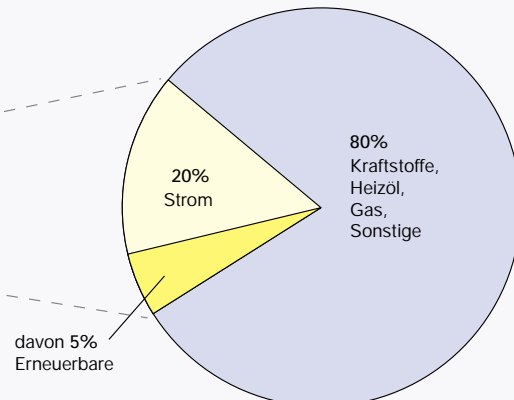
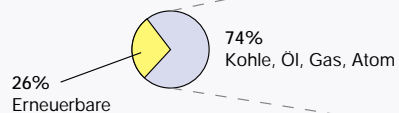
Der Beitrag „Erneuerbarer“ zur Energieversorgung in Deutschland bleibt marginal

Endenergieverbrauch Deutschland

Stromerzeugung in Deutschland 2006



Stromerzeugung in Deutschland 2020



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Energiedaten, 2008.



Kann die Wirtschaft ohne höheren Energiebedarf wachsen? Zur Beantwortung zitierte Peters einen entsprechenden Bericht der Europäischen Kommission. Darin heiße es, der Stromverbrauch der privaten Haushalte in der EU zwischen 1999 und 2004 sei in derselben Grenordnung gestiegen wie das Bruttoinlandsprodukt und habe damit die Einsparungsbemhungen neutralisiert. Die Bundesregierung strebe laut Koalitionsvertrag jedoch eine Steigerung der Energieproduktivität um jährlich 3% bzw. eine Verdoppelung bis 2020 an. Diesbezügliche Handlungsempfehlungen seien allerdings nicht aufgeführt, so Peters. Obwohl der Energieverbrauch aufgrund der Einsparungsanstrengungen längst sinken sollte, steige er. Der Anstieg habe allein im ersten Halbjahr 2008 bereits 3% betragen; eine vollständige Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch sei, nüchtern betrachtet, nicht realistisch.

Peters schloss seine Analyse mit der Warnung ab, die Sicherung der Stromversorgung in Deutschland sei hochgradig gefährdet. Die Regierung bleibe die Antwort schuldig, wie die rund 130.000 Gigawattstunden jährliche Stromerzeugung aus der Kernkraft bis zum endgültigen Ausstiegsjahr 2021 ersetzt werden sollten. Weder „Erneuerbare“ noch Energiesparen seien hier zielführend. Ohne neue Kohlekraftwerke werde Strom zum Nachteil für die Volkswirtschaft und den Wohlstand Deutschlands aus dem Ausland importiert werden müssen. Ursache und Verantwortung lgen in den Versäumnissen der Politik.

Mit Blick in die Zukunft empfahl Peters, die enormen Braunkohlevorrte Deutschlands verstärkt in den Blick zu nehmen: Die jährlich geförderten 175 Mio. Tonnen entsprächen der gewonnenen Energiemenge von etwa 80% der Gasimporte pro Jahr. Braunkohle eigne sich zudem auch im großen Maßstab zur Treibstoffgewinnung; das im Verbrauch freigesetzte CO₂ entspräche dabei der Menge aus konventionellem Kraftstoff. Dieselmotoren aus heimischer Braunkohle lasse sich mittlerweile günstiger produzieren als der aus Rohöl gewonnene.

Abschließend fasste Peters seine Empfehlungen für eine unabhängigere und für Wirtschaft und Verbraucher um ein Vielfaches günstigere Energiepolitik zu vier Punkten zusammen:

1. Die Laufzeiten der Kernkraftwerke müsse um 30 Jahre verlängert werden. Der Einspareffekt gegenüber den Alternativkosten betrage etwa 250 Mrd. Euro.
2. Um die CO₂-Emissionen in der Stromproduktion zu mindern, seien 30 neue und hocheffiziente Kohlekraftwerke zu bauen.
3. Importiertes Erdgas müsse durch Gasgewinnung aus Braunkohle mit CO₂-Abscheidung und –Lagerung ersetzt werden.
4. Der Treibstoffbedarf in Deutschland müsse durch Kraftstoffe aus Braunkohle und Biomasse gedeckt werden.

Anstelle von spezifischen staatlichen Fördermaßnahmen müsse ein CO₂-Vermeidungssystem mit strikten Regeln für alle Energieträger installiert werden. Der Markt trage dann zur Effizienz der Einsparanstrengungen auf allen Ebenen bei.



Sicherheit der Energieversorgung

Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker

Direktor em. des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln und Gastprofessor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern



Von Weizsäcker nahm in seinem Beitrag die „klimapolitischen Nebenbedingungen“ für die Energiepolitik der Zukunft in den Blick. Dazu zählten insbesondere die CO₂-Reduktionsziele in Europa und Deutschland sowie die Frage, wie ein künftiges CO₂-Handelssystem im Rahmen eines Weltklimaabkommens aussehen könnte.

Zum Status quo der deutschen Energiewirtschaft zähle die Importabhängigkeit bei Erdöl, Erdgas, Steinkohle und Uran. Auch durch die verstärkte Nutzung heimischer Braunkohle, Erneuerbarer Energien und Einsparungsbemühungen könne langfristig keine energiewirtschaftliche Autarkie erreicht

werden. Atomstrom und Braunkohle könnten theoretisch die Energiesicherheit über eine lange Zeit gewährleisten, da einerseits Uran ohne allzu hohe Kosten bevorratet und Braunkohle zu ebenfalls vergleichsweise geringen Kosten abgebaut werden könnte.

Von Weizsäcker betonte die aus seiner Sicht sehr wichtige Festlegung einer Preisobergrenze für CO₂-Zertifikate. Ein solcher „Price Cap“ könne zum einen sicherstellen, dass Braunkohleverstromung nicht unrentabel werde. Zum anderen werde auf diese Weise der „Carbon Leakage“, also der Verlagerung energieintensiver Industriezweige in



Länder ohne CO₂-Handel, entgegengewirkt. Dies gelte, solange kein neues, weltweit gültiges Klimaschutzabkommen für die Zeit ab 2012 geschlossen werde. Für diesen Zeitraum bestehe die Gefahr, dass die Vorreiterrolle Deutschlands im Klimaschutz zu einem Programm zur Deindustrialisierung werde.

Von Weizsäcker sagte, er halte eine Übereinkunft während des Klimaschutzgipfels 2009 in Kopenhagen für sehr unwahrscheinlich; vielmehr seien voraussichtlich „zehn Jahre Diplomatie“ erforderlich, um zu global gültigen Vereinbarungen zu kommen. Dann müsse ein CO₂-Handelsystem in jedem Fall die „CO₂-Giganten“ USA und China einbinden. Die „musterschülerhafte“ Klimaschutzstrategie der Europäer ergebe nur dann einen Sinn, wenn durch moralischen Druck eine bessere Verhandlungsposition bei den Weltklimaverhandlungen erreicht werde. Hier gelte jedoch, die wirtschaftspolitischen Opfer durch einen bis dahin begrenzten Preis für CO₂-Zertifikate gering zu halten und die „Carbon Leakage“ zu begrenzen. Die Gratisabgabe von Emissionslizenzen an klimaintensive Industrien halte er für „massiv dirigistisch und unge-

recht“, so von Weizsäcker. Der Staat wisse zu wenig über die Zukunft einzelner Branchen, zudem seien die nicht offensichtlichen, stillen Abwanderungen in den anderen Branchen möglicherweise gravierender als die offensichtlichen. In jedem Fall sei auf diesem Weg mit einem enormen politischen Kuhhandel zu rechnen.

Abschließend sprach sich von Weizsäcker für ein Preisregime anstelle eines Mengenregimes in einem endgültigen Klimaabkommen aus. Die Kosten-Nutzen-Kurve bei Klimaschutzbemühungen sei preiselastisch, wie auch der Stern-Report zu den wirtschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung von 2006 nachweise. Voraussagbare Preise für CO₂ seien wichtig, so von Weizsäcker, um das Risiko klimarelevanter Investitionen zu vermindern. Gleichzeitig plädiere er jedoch auch für Preisober- und untergrenzen für CO₂-Emissionen, die je nach klimapolitischem Bedarf allmählich verschoben werden könnten. Dies sei dann „eine Art Crawling Peg“ für CO₂-Preise. In jedem Fall könne ein solcher Preismechanismus denselben Klimaschutz zu wesentlich geringeren Kosten bewirken, als es ein starres Mengenabkommen ermögliche.



Hans-Josef Fell MdB (Bündnis 90/Die Grünen)

*Sprecher für Energie und Technologie
der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen*

Beklagenswert nannte Fell die „Unterbelichtung der Bedeutung von Erneuerbaren Energien“ in der Debatte. Die Erfolge – etwa die Errichtung von mittlerweile 110 Gigawatt Windstromanlagen weltweit – sollten die Augen öffnen, auch für die Chancen neuer Marktakteure. Eine hohe Wachstumsgeschwindigkeit sei zu verzeichnen: So seien sowohl in den USA als auch in China mittlerweile mehr Windräder installiert als hierzulande.

Der Markt könne nicht alles tun. Die Krise auf den Finanzmärkten zeige, so Fell, dass die Rolle des Staates nicht unterbelichtet werden dürfe. Bedenklich sei zudem die Oligopolstruktur auf dem deutschen Stromversorgungsmarkt. Vier Konzerne verfügten über 80 bis 90% des Marktvolumens. Bei Öl und Gas sei die Situation weltweit ähnlich: Ein Markt existiere nicht. Fell sprach sich dafür aus, Klimaschutz und Versorgungssicherheit zusammen zu betrachten, sonst drohten gesellschaftlicher Streit und ein energiepolitisches Desaster.

Mit Blick auf die konventionellen Energieträger sagte Fell, es sei vor Luftschlossberechnungen zu warnen: Viele neue Kohlekraftwerke erwiesen sich als unwirtschaftlich und seien aus der Planung gestrichen worden. Der Importpreis für Steinkohle sei „explodiert“. Bei Betrachtung der Braunkohle müsse gesehen werden, dass Dörfer abgebagert werden. Die Gasverstromung bringe schließlich eine fundamentale Abhängigkeit mit sich, die im übrigen auch die Lieferländer verunsichere. Letztlich biete auch Gas keine Versorgungssicherheit.

Dr. Joachim Pfeiffer MdB (CDU)

*Koordinator in Energiefragen
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

Pfeiffer schickte seinen Ausführung vorweg, es könne nicht Aufgabe der Politik sein, Detail- oder Technologievorgaben für die Energiewirtschaft zu machen. Sinnvoll sei es stattdessen, den Rahmen zu setzen und Marktanzreizprogramme, etwa zur Gebäudeisolierung, zu entwickeln.

Die Antwort auf die Frage nach der Versorgungssicherheit liegt in einem vernünftigen Mix der Stromerzeugung. Dieser sollte aus Sicht der Unionsfraktion zu 30% aus Kernenergie bestehen. Durch den massiven Ausbau Erneuerbarer Energien können bis zum Jahr 2020 weitere 30%, eventuell 35% erreicht werden. Wenn die Braunkohle dann wie heute, etwa 20% beisteuert, beträgt der Anteil in Deutschland produzierten Stroms insgesamt 85%. Diese Quote wäre befriedigend, so Pfeiffer.

Zielführend sei zudem die mittelfristige Reduktion des Wärmebedarfs bei Gebäuden. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung fördert energetische Sanierungen bei Bestandsgebäuden. Bei Neubauten werden mit dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz die anteilige Nutzung von erneuerbaren Energien zur Erzeugung von Warmwasser bzw. Heizenergie oder entsprechende Ersatzmaßnahmen sogar zur Pflicht. Im Straßen-



verkehr hilft kurzfristig die stärkere Nutzung von Biokraftstoffen, mittelfristig die Entwicklung der Biokraftstoffe der sogenannten zweiten Generation und mittel- bis langfristig der Einsatz von Flüssiggas-, Brennstoff-, Hybrid- oder Elektrotechnologien die Importabhängigkeit zu reduzieren.

Pfeiffer zog das Fazit, es gebe in der Energiepolitik keine „allein selig machende“ Lösung. Falsch sei in jedem Fall, aufgrund voreiliger Schlüsse aus der Finanzmarktkrise eine Staatswirtschaft für Energie zu fordern. Richtiger sei ein konsequentes Bekenntnis zum EU-Binnenmarkt, der endlich funktionsfähig gemacht werden müsse.



Gudrun Kopp MdB (FDP)

*Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion
für Energiepolitik und Welthandelsfragen*

Angesichts der anstehenden Herausforderungen sei grundsätzlich auf Wettbewerb statt auf Ideologie zu setzen. Vom Staat würden dazu klare Rahmenbedingungen erwartet. Kopp griff zunächst das Beispiel der Kraft-Wärme-Kopplung auf: Hohe Mitnahmeeffekte und eine enorme Kostenträchtigkeit müssten ein kritisches Hinterfragen des staatlich verordneten Ausbaus auslösen.

Kopp betonte, sie sehe ein politisches Defizit in Fragen der Energiewirtschaft. Bis heute läge kein neues Energiekonzept der Bundesregierung vor. Dabei sei die Neuentwicklung der „Leitplanken“ notwendig.

Auch Kopp sah die Bedeutung des Energiemixes in zentraler Position. Hier müsse allerdings ein technologisch selektives Vorgehen vermieden werden. Insgesamt sehe sie bei den Erneuerbaren Energien eine gute Zukunft, ins-

Dr. Axel Berg MdB (SPD)

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Beirat der Deutschen Energieagentur

Zum Eingang seines Beitrages nannte Berg drei wesentliche Kriterien zu Beurteilung und Vergleich verschiedener Energieträger: Zu betrachten seien jeweils die Investitionskosten, die laufenden Kosten sowie die Entsorgungskosten. In Bezug auf die Kernkraft sei bei den Investitionskosten ein Missverhältnis festzustellen, weil 80 bis 90% der Forschungsmittel in der Vergangenheit in die Kernenergie geflossen seien, der heutige Output jedoch nur 2 bis 3% der weltweiten Stromerzeugung ausmache. Die laufenden Kosten seien zwar aufgrund günstigen Urans gering, jedoch sei die Atomtechnik viel zu wenig versichert. Schließlich müssten für die Entsorgungskosten höhere Rückstellungen gebildet werden. Nicht einzusehen sei zudem, warum nun der Staat die Endlagerstätten reparieren solle, obwohl er selber kein Stromproduzent ist.

Die Fotovoltaik biete im Vergleich zwar hohe Investitionskosten, jedoch keine laufenden Kosten und einen positiven Entsorgungssaldo durch Recycling. Für den Durchbruch der Solarenergie sei jedoch ein größeres staatliches Engagement in die Speichertechnik notwendig. Die Fotovoltaik erfahre die größte Förderung, bringe einen minimalen Effekt, hat aber das größte Potential. Grundsätzlich dürfe Wunschenken nicht zum Parameter der Energiepolitik werden.

Zum Energiemix sagte Berg, es sei möglich, gleichzeitig aus der Kohle sowie aus der Kernenergie auszusteigen. Die Politik müsse der Bevölkerung reinen Wein einschenken und auch bei Bedenken gegenüber dem Netzausbau

besondere, wenn die Ressourcenschonung stärker in den Blick genommen werde.

Der Kostenentwicklung auf dem Strommarkt müsse mit mehr Wettbewerb begegnet werden. Dazu sei der EU-Binnenmarkt verstärkt in den Blick zu nehmen. Zudem dürfe es für mehr Wettbewerb „keine Fördertatbestände über 20 Jahre“ geben. Es gelte, den Wettbewerb früher zu aktivieren.



oder Biogasanlagen „einen geraden Rücken machen“. Berg sprach sich darüber hinaus für eine Aufgabe der vier Energie-Regelzonen und deren Verschmelzung aus.

Die Politik müsse auf die stärkere Rationalisierung im Energieverbrauch hinwirken. Der Faktor 10 oder 20, möglicherweise sogar 100, könne erreicht werden. Berg verwies auf die Rationalisierung des Faktors Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten. Mit Blick auf die Erneuerbaren Energien gelte es zu betonen, dass Deutschland Champion in fast allen Bereichen der jeweiligen Technik sei. Es bestünden gigantische Exportchancen.

Abschließend plädierte Berg für eine Stärkung des Wettbewerbs. Das noch bestehende Oligopol auf dem Energiemarkt dürfe sich bei der Deregulierung des Wassermarktes nicht wiederholen. Abzuraten sei hingegen von staatlichen Förderprogrammen, etwa für Kühlschränke oder Ökoautos. Dies sei nicht zielführend und löse Mitnahmeeffekte aus. Anstelle der Vorgabe spezieller Technik müsse sich der Staat auf die Zieldefinition beschränken. Über eine lange Zeit ansteigende Preise, nach dem Vorbild der Ökosteuer, seien wohl das klügste Rezept. Berg sagte, insgesamt sei das Land „nicht auf dem schlechtesten Weg“.

Diskussion

Was kann die Regierung zur Vermeidung einer Stromlücke tun? Dieser Frage begegnete Berg, er befürchte dies nicht. Das Programm der Regierung umfasse 30 Maßnahmen vom Ausbau Erneuerbarer Energien über die Kraft-Wärme-Koppelung bis hin zur Förderung intelligenter Stromzähler für wirkungsvolles Energiesparen in privaten Haushalten. Kopp entgegnete, neben anderem sei ein zentraler Gesichtspunkt, dass der Ausstieg aus der Kernkraft revidiert werde.

Mit Blick auf den Ausbau von Gaskraftwerken in Deutschland wurden Bedenken geäußert, dies könne zur schnellen Errichtung rückständiger Kohlekraftwerke in Ländern wie Russland führen, die ihre Gasvorkommen vornehmlich für den lukrativen Export verwendeten. Solche Länder hätten keinen Anreiz, einem weltweiten CO₂-Handelssystem beizutreten. Gleichzeitig leide das Klima. Fell bestätigte diese Einschätzung; ein schneller Ausbau Erneuerbarer Energien sei daher der beste Weg. Er fügte an, zur Kundenbefriedigung wäre heute schon keine Grundlast im Energienetz notwendig. Kombikraftwerke ohne Grundlast seien daher zu empfehlen. Im Übrigen könnte die Windenergie mittels der Pumplasttechnik die Lücke aus dem Wegfall der Kernenergie füllen.

Dagmar Schipanski, Präsidentin des Thüringer Landtages, stellte eine gute Entwicklung der Fotovoltaik-Technik fest. Es gebe allerdings Grenzen im Wirkungsgrad, die sich nicht überwinden ließen. Schipanski warf die Frage auf, welche Rolle die Forschung im Bereich Atomtechnik heute spiele. Pfeiffer entgegnete, es sei zwar der Atomkraftausstieg unterschrieben, jedoch keine Denkverbote festgelegt



Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Präsidentin des Thüringer Landtages.



Dr. Peter Rásonyi, Wirtschaftskorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, moderierte die Veranstaltung.

worden. Deutschland beteilige sich so z.B. an der Forschung zur Kernfusion. In 30 bis 40 Jahren könne die Kernfusion möglicherweise einen Beitrag zur Energieversorgung leisten, daher sei es richtig, mitzumachen. Claassen ergänzte, die wegweisende Technik des Kugelhaufenreaktors werde derzeit in Südafrika und China vorangetrieben.

In der Abschlussrunde mahnte Peters an, technologische Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. So mache allein die Prozessenergie für die Industrie eine Grundlast im Energienetz notwendig. Ohne Grundlast könne es keine Industrie in Deutschland mehr geben. Überdies sei es blauäugig, den Großteil des Stroms zukünftig durch Windenergie gewinnen zu wollen. Mehr als 20% verkräfte das Stromnetz schlichtweg nicht. Auch das windreiche Dänemark habe daher eine Obergrenze für Windkraft von 20% festgelegt. Von Weiszäcker nannte ein Welthandelssystem für CO₂ unsinnig, wenn Abwanderungsanreize für Industrien erhalten blieben. Ein Price-Cap (Preisobergrenze) für CO₂-Emissionszertifikate sei für die Übergangszeit daher unumgänglich und müsse mit jeder Branche diskutiert werden.

Claassen äußerte sein Unverständnis darüber, eine Stromlücke vor dem Hintergrund des Kernkraftausstiegs und der Behinderung des Neubaus von Kohlekraftwerken in Abrede zu stellen. Der Grundlastbereich werde in Zukunft massiv beeinträchtigt sein. Der Kernenergieausstieg könne nicht wie geplant umgesetzt werden, wenn man der Deindustrialisierung Deutschlands vorbeugen wolle. China warte bereits auf Industrien aus Deutschland. Vor einer maßgeblichen Verschiebung der Wettbewerbskräfte könne nur gewarnt werden.

Impressum